

Wie kann ein solidarisches Gesundheitssystem aussehen?

Bremen ist nicht der Nabel der Welt. Manche Entscheidungen über die Ausrichtung des Gesundheitssystems werden in Berlin getroffen. Dabei geht es in Berlin, wie auch in Bremen, immer um die Grundsatzfrage: Wollen wir ein solidarisches staatliches Gesundheitssystem für alle oder wollen wir ein privatisiertes System, in dem sich die einen Gesundheit leisten können und die anderen nicht.

In Bremen ist die soziale Spaltung schon so weit fortgeschritten, dass Menschen aus armen Stadtteilen durchschnittlich 8 Jahre früher sterben als Menschen aus z. B. Schwachhausen!!

Die Linksfraktion ist der Meinung, dass wir bundesweit eine solidarische gesetzliche Gesundheitsversorgung brauchen. Dafür werden wir auch in Bremen streiten!

Unsere Forderungen:

Als erstes müssen die unsozialen Zuzahlungen beim Arzt und in den Krankenhäusern, die Rezeptgebühren und die Medikamentenzuzahlungen gestoppt werden! Für ALG-II-Bezieher und andere sozial Benachteiligte ist die Zwei-Klassen-Medizin bereits bittere Realität.

Die medizinische Versorgung der Bevölkerung ist allein am Bedarf der Menschen und nicht an kommerziellen Interessen auszurichten. Sie ist dezentral und nach demokratischen Grundsätzen zu organisieren.

Die am Bedarf orientierte Krankenhausplanung bleibt in staatlicher Hand. Die Länder und Kommunen nehmen weiterhin ihre Verantwortung für die bedarfsgerechte, investive Ausstattung der Krankenhäuser wahr. Die duale Krankenhausfinanzierung ist zu erhalten.

Probleme der öffentlichen Haushalte dürfen nicht über Kürzungen der Krankenhausfinanzierung bzw. andere Leistungen der öffentlichen Daseinsfürsorge gelöst werden, sondern allein durch eine sozial gerechte

Steuerpolitik des Bundes. Wer viel verdient soll auch viel einzahlen! Solidarität ist keine Einbahnstraße.

Die weitere Privatisierung von Krankenhäusern ist zu verhindern und eine Rekommunalisierung von Krankenhäusern anzustreben.

Der Zugang zu den Einrichtungen des Gesundheitswesens sowie seinen Leistungen muss für alle Menschen gleichermaßen offen sein. Die Finanzierung des Systems muss folglich solidarisch von der **gesamten** Gesellschaft getragen werden.

Das Gesundheitswesen in den einzelnen Bundesländern dient der wohnortnahen und bedarfsgerechten Versorgung seiner Bevölkerung. Es soll mit seinen Leistungen allen Menschen unabhängig von ihrer sozialen und finanziellen Situation zur Verfügung stehen.

DIE LINKE. in der Bremischen Bürgerschaft fordert:

Versorgungsqualität statt Stellenabbau

Der Abbau von 1.000 Stellen in den Bremer Kliniken muss gestoppt werden, die neuen, reduzierten Mindestbesetzungen für die Stationen sind zurückzunehmen!

Öffentlich vor Privat

Die bedarfsdeckende öffentliche Finanzierung der Kliniken muss gesichert werden, damit Heuschrecken keine Chance haben!

Gute Arbeitsbedingungen statt Tarifdumping und Ausgliederung

Die seitens der Holding betriebene unsinnige Ausgliederung der Küche, des Reinigungsdienstes, der EDV, der Radiologie in private Firmen ist zu beenden.

Initiativen und Termine

25. September

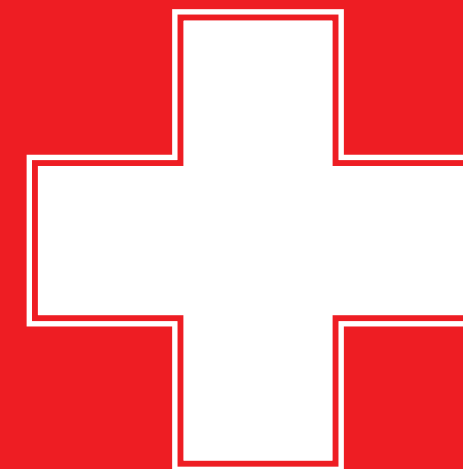
Bundesweit zentrale Demos in Berlin, Stuttgart und München „Der Deckel muss weg“

22. Oktober 2008:

Tagung in der Bürgerschaft: „Bremer Kliniken retten! Versorgungsqualität statt Stellenabbau“

11. November 2008:

Parlamentsdebatte und außerparlamentarische Aktionen zur Rettung der Bremer Kliniken



Bremer Kliniken retten – Versorgungsqualität statt Stellenabbau!

DIE LINKE.

Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft

DIE LINKE.

Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft

Tiefer 8, 28195 Bremen

Telefon: 0421 205297-0

Telefax: 0421 205297-10

www.linksfraktion-bremen.de

mail@linksfraktion-bremen.de

V.i.S.d.P.: Leo Stefan Schmitt

Für ein solidarisches Gesundheitssystem

Die Situation der Bremer Kliniken

Der kommunale Klinikverbund Gesundheit Nord (GeNo) schreibt rote Zahlen. Das größte „Sorgenkind“ ist das Klinikum Bremen-Mitte mit seinem Ersatzneubau.



Woran liegt das?

Haben Schwestern, Pfleger und ÄrztInnen zu viel Kaffee getrunken? Sind die Tarifabschlüsse zu hoch? Wurde schlecht gewirtschaftet?

Alle drei Fragen müssen mit einem klaren NEIN beantwortet werden.

Stattdessen hat die „Gesundheitsreformgesetzgebung“ der letzten Jahrzehnte die Krankenhäuser finanziell benachteiligt, mit Sonderopfern und Budgetdeckelungen überzogen und durch die Einführung einer neuen Krankenhausfinanzierung systematisch zur Ader gelassen.



Nur noch Tabletten statt menschlicher Zuwendung?

Für Bremen kommt erschwerend hinzu, dass die gesetzlich geforderte Investitionsfinanzierung durch den Senat über Jahre nicht erfolgte. Das ist zwar gesetzwidrig, aber dem Senat ist der Kotau vor dem Bundesverfassungsgericht offenbar wichtiger. Lieber den Haushalt sanieren als Geld für die Gesundheitsversorgung in die Hand nehmen!

Jetzt hat der Senat einen Sanierungsexperten aus Berlin an die Spitze der GeNo gesetzt. Dieser soll nun den Ersatzneubau des Klinikums Bremen-Mitte und die generelle Gesundung des Konzerns mit Hilfe einer **Eigensanierung durch Personalabbau** bewerkstelligen.

Konkret sollen mindestens 1.000 Vollzeitkräfte abgebaut werden!

Die dadurch entstehenden Qualitätsverluste in der Versorgung der Bevölkerung interessieren den Sanierer Hansen, Staatsrat Schulte-Sasse und Senatorin Rosenkötter wenig!

Für viele Patienten und Beschäftigte ist das unverständlich, wenn es da nicht noch einen Plan hinter dem Plan gäbe ...

Der Plan hinter dem Plan

- In der BRD gibt es ein breites Bündnis von Politikern und Lobbyisten, die das Modell eines „schlanken Staates“ durchsetzen wollen: Abschaffung der Solidargemeinschaft und Privatisierung der sozialen Sicherung.
- Diese „neoliberale“ Variante des globalisierten Kapitalismus nützt den Reichen und Konzernen: sie werden von Unternehmens-, individuellen Vermögenssteuern und Lohn(neben)kosten befreit!
- Aber erst diese Steuern und Sozialabgaben ermöglichen es dem Bürger, im Sozialstaat durch Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung und Krankenversicherung ein würdiges Leben zu führen.
- Durch Riester-Rente und Agenda 2010 sind bereits zwei sozialstaatliche Kernbereiche zerstört worden.
- Mit Zuzahlungen, Praxis- und Rezeptgebühren und im Zuge der bereits breitflächig angelegten Privatisierung von Krankenhäusern wird jetzt die Abschaffung der Gesetzlichen Krankenversicherung vorbereitet.



In Bremen sollen 1.000 gut ausgebildete Schwestern und Pfleger der GeNo weggekürzt werden, während Demenzkranke von zwangsverpflichteten Ein-Euro-Jobbern versorgt werden sollen! Wer soll das verstehen?

Was jetzt mit den kommunalen Kliniken in Bremen passiert, folgt der Dramaturgie dieses Planes hinter dem Plan:

- Die Stadt zahlt nicht, obwohl sie müsste.
- Die „Gesundheitsreformen“ der letzten Jahren strangulieren die Kliniken zusätzlich.
- Die Eigensanierung durch Personalabbau und folgende Qualitätsverluste ist der Auftakt zur Vollprivatisierung!

Die Heuschrecken lauern schon. Wehrt Euch!

Kontakt für Fragen zur Gesundheitskampagne der LINKEN:

Peter Erlanson
Gesundheitspolitischer Sprecher
Telefon: 0421 205297-30
Peter.Erlanson@linksfraktion-Bremen.de

Dr. Jörg Sommer
Wissenschaftlicher Referent
Telefon: 0421 205297-45
Joerg.Sommer@linksfraktion-Bremen.de